



**Aktualisierte Auflage:
Über 800.000 arme Kinder und
Jugendliche in Nordrhein-Westfalen**

Kinderarmut bekämpfen

die Zukunft
unserer
Gesellschaft
sichern



die lobby für kinder



Vorwort

Die Ergebnisse des Sozialberichtes 2007 des Landes NRW veranlassen die AWO, den Kinderschutzbund und den Paritätischen in NRW den gemeinsamen Aufruf zur Bekämpfung der Kinderarmut (Mai 2006) zu aktualisieren und einzufordern, dass den Worten des Papiers auch endliche Taten folgen.

Deutschland zählt noch immer zu den reichsten Ländern der Erde. Trotzdem wächst die Armut in unserem Land. Obwohl der Reichtum seit Jahren gleichermaßen wächst, genügt anscheinend immer noch nur ein Hinweis auf die leeren Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden, um zu Lasten der jüngsten und schwächsten Mitglieder unserer Gemeinschaft zu sparen. Dafür gibt es nach unserer Auffassung keine Rechtfertigung, denn wer Kindern und Jugendlichen Zukunftschancen nimmt, gefährdet die Zukunft unserer gesamten Gesellschaft!

Vor dem Hintergrund einer Sozialgesetzgebung, die – unabhängig von jeweiligen Regierungskonstellationen – Armut von Kindern nicht ausreichend bekämpft, sondern sogar verstärkt und die Lebenssituation armer Kinder verschärft, fordern AWO, Kinderschutzbund und Parität in NRW einen Kurswechsel von Bund, Ländern und Gemeinden. Armut bei Kindern und Jugendlichen muss ab sofort von allen politischen Ebenen mit Priorität bekämpft werden! Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes hat sich Deutschland zur Ausrichtung der Politik am Wohl des Kindes verpflichtet. AWO, Kinderschutzbund und Parität in NRW fordern, dieser Verpflichtung nachzukommen und endlich Taten folgen zu lassen!

Ressourcen dafür sind in unserem Land in ausreichendem Maße vorhanden! Dringlichkeit und Machbarkeit der Bekämpfung von Armut bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland verdeutlicht der gemeinsame Aufruf von AWO, Kinderschutzbund und Parität in NRW auf den folgenden Seiten.

Impressum:

Gemeinsam herausgegeben von:

Arbeiterwohlfahrt Niederrhein e.V.

Lützowstraße 32

45141 Essen

E-mail: info@awo-niederrhein.de

Internet: www.awo-nr.de

Ansprechpartner: Michael Schöttle ☎ 0201 3105-233

Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.

Domagkweg 20

42109 Wuppertal

E-mail: info@dksb-nrw.de

Internet: www.dksb-nrw.de

Ansprechpartner: Dieter Greese ☎ 02054 7302

Ansprechpartner: Friedhelm Güthoff ☎ 0202 74765880

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Landesverband NRW e.V.

Loher Straße 7

42283 Wuppertal

E-mail: mail@paritaet-nrw.org

Internet: www.paritaet-nrw.org

Ansprechpartner: Martin Debener ☎ 0211 9460014

Ansprechpartner: Martin Künstler ☎ 0202 2822254

Ansprechpartnerin: Ulrike Werthmanns-Reppekus ☎ 0202 2822252

Verantwortlich i.S.d.P.: Friedhelm Güthoff

Layout: RevierA GmbH, Essen

Fotos: Melanie Garbas

außer: Hochhaus Umschlag außen und S. 5: pixelio.de

Stand: April 2007



Paul Saatkamp
Arbeiterwohlfahrt



Dieter Greese
Deutscher Kinderschutzbund



Cord Wellhausen
Der Paritätische

Über 800.000 arme Kinder und Jugendliche in NRW

Der Sozialbericht 2007 des Landes NRW stellt fest:

In Nordrhein-Westfalen leben rund 3,3 Mio. Kinder und Jugendliche im Alter unter 18 Jahren. Fast jedes vierte Kind lebt in einem einkommensarmen Haushalt. Mit einer Armutsrisikoquote von 24,5% tragen Kinder und Jugendliche ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Besonders hoch sind Armutsrisiken bei einem allein erziehenden Elternteil, bei einer Erwerbslosigkeit oder mangelnder Erwerbsbeteiligung der Eltern und dem Bestehen eines Migrationshintergrundes sowie für Familien mit mehr als drei Kindern. Aber auch eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit des Vaters oder der Mutter schützt Familien nicht mehr vor Armut. Bei mehr als jedem sechsten Vollzeit-Alleinverdiener mit minderjährigem/n Kind/-ern im Haushalt (17,6%) reicht das Einkommen nicht aus, um dem Armutsrisiko zu entgehen.

Armut bedeutet für Kinder neben den materiellen Entbehrungen häufig eine soziale Isolation, ein hohes Krankheitsrisiko und die Gefahr der Benachteiligung im Bildungssystem.

Die Langzeitstudie des ISS zur Kinderarmut bei 3-10 jährigen Kindern stellte z.B. bereits bei 3-6 jährigen Kindern fest: 40% der armen Kinder sind in ihrer Grundversorgung – also Wohnen, Nahrung, Kleidung – eingeschränkt, 31% haben massive gesundheitliche Probleme und 36% der armen Kinder zeigen erhebliche Entwicklungsdefizite im Bereich Kultur/Bildung.

Bei den 10 jährigen armen Kindern stellt die repräsentative ISS-Langzeitstudie fest, dass 38,4% der untersuchten 10 jährigen Kinder multipel depriviert sind. Das bedeutet, die Lebenslage dieser Kinder ist von massiven Einschränkungen geprägt und ihre Zukunfts-Chancen sind stark gefährdet.

Bei Familien mit durchschnittlichen und höheren Einkommen sind dagegen „nur“ 10,6% der 10 jährigen multipel depriviert.

Auch angesichts der demographischen Entwicklung Deutschlands ist unsere Gesellschaft auf jedes Kind angewiesen. Sollte nichts Entscheidendes geschehen, müssen wir damit rechnen, dass mehr als ein Drittel der 800.000 Kinder in und an unserer Gesellschaft scheitern werden. Wir dürfen nicht länger mehr als 250.000 Kinder ins gesellschaftliche Abseits schicken und sie einer besseren Zukunft berauben.

Dies hat nicht nur verheerende Folgen für die betroffenen jungen Menschen, sondern auch für die Perspektiven unserer Gesellschaft.

Die AWO, der Deutsche Kinderschutzbund und der Paritätische in NRW machten in ihrem Aufruf

'Kinderarmut bekämpfen – die Zukunft unserer Gesellschaft sichern'

im Mai 2006 auf die Lebenssituation armer Kinder aufmerksam und forderten die Politiker/-innen des Bundes, des Landes und der Kommunen auf, nicht noch länger zu warten, sondern endlich Taten folgen zu lassen.

Die dramatischen Daten zur Kinder- und Jugendarmut im Reichtums- und Armutsbericht 2007 des Landes NRW veranlassen die AWO, den Deutschen Kinderschutzbund und den Paritätischen, ihren gemeinsamen Aufruf zu aktualisieren und erneut in die politische Diskussion einzubringen.

Wir müssen uns noch einmal mit den Folgen der Hartz-Gesetze und einer verfehlten Landespolitik in NRW auseinandersetzen.

Wir brauchen endlich eine tragfähige Armutsprävention, die jedem Kind ein Aufwachsen im Wohlergehen sichert sowie Förderung und Schutz ab Geburt bis zum Berufseinstieg ermöglicht.

Zur Bekämpfung der Kinderarmut und zur Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft

Bereits jedes vierte Kind in NRW lebt in Armut. Tendenz zunehmend! Für eines der reichsten Länder der Erde ein Skandal und eine der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen.

Der augenblickliche Wirtschaftsaufschwung kommt bei den 600.000 Langzeitarbeitslosen Menschen in NRW und bei ihren Familien derzeit nicht an.

Die anhaltende Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen und Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme verfestigen Armutsstrukturen und gefährden die Zukunft unserer Gesellschaft. Die seit dem 1. Januar 2005 gültigen Sozialgesetze führten zu einem weiteren erheblichen Anstieg der Kinderarmut und sorgten für eine Verschärfung der Lebenssituation armer Kinder.

Die Anzahl der Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfeempfänger stieg seit Ende 2004 an **von rund 1,18 Millionen auf 1,63 Millionen Menschen**, die Ende 2005 Arbeitslosengeld II erhielten (siehe Landessozialbericht 2007). Reformen (z.B. Elterngeld) verstärken diese Negativentwicklung.

Das Elterngeld verstärkt die Kluft zwischen armen und reichen Familien. Es sieht für gut und besser verdienende Familien eine ‚Geburtenprämie‘ von 67 % des letzten monatlichen Nettoeinkommens (max. 1.800 EURO) über einen Zeitraum von 12 bzw. 14 Monaten vor. Für Geringverdienende oder Bezieher von Sozialleistungen werden die Leistungen dagegen im Regelfall halbiert, indem die Bezugsdauer des Sockelbetrages von 300 EURO von 24 auf 12 Monate reduziert wird.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen sind nicht nur dringend erforderlich, sondern auch machbar und finanzierbar! Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, dem Bekenntnis für eine kinderfreundliche Gesellschaft endlich Taten folgen zu lassen, die allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf eine lebenswerte Zukunft eröffnen.

Auch arme Kinder haben ein Recht auf eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Ein trauriger Beleg für die Widersprüchlichkeit der Politik zwischen öffentlichen Erklärungen und tatsächlichem Handeln sind die geplanten und realisierten Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe in den Bereichen Kinder, Jugendliche und Familien in den NRW Landeshaushalten seit 2005.

Dringenden Handlungsbedarf sehen wir in folgenden 8 Kernbereichen

- ▶ **Recht auf Erziehung und Bildung**
- ▶ **materielle Grundversorgung**
- ▶ **Prävention statt Krisenbewältigung**
- ▶ **Tagesbetreuung**
- ▶ **Reform der schulischen Bildung**
- ▶ **Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund**
- ▶ **medizinische Vorsorge**
- ▶ **Erziehungsfähigkeit von Eltern**

...❖ Wir fordern:

Die Politik des Bundes, der Länder und der Kommunen muss endlich überfällige grundlegende Entscheidungen treffen, um die Kinderarmut zu bekämpfen und die daraus resultierenden Folgen abzuwehren.

Der vorliegende Aufruf stellt in acht Kernbereichen grundlegende Forderungen auf und weist auf die Lebenssituationen armer Kinder und politische Versäumnisse hin.

Das Recht auf Erziehung und Bildung

...❖ Wir fordern:

Der Grundsatz des KJHG in § 1 Abs. 1

›Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.‹

muss für alle und insbesondere für arme Kinder verwirklicht werden.

Eine zukünftige Politik muss dem Aufwachsen im Wohlergehen einen höheren Stellenwert einräumen und sicherstellen, dass unsere Gesellschaft, insbesondere in den Bereichen Jugend, Soziales, Gesundheit, Wohnen, Schule, Arbeit, Frauen und Sport den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht wird.

...❖ Wir stellen fest:

Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Armut und dem Umfang von Versorgungs- und Entwicklungsdefiziten bei Kindern. Je länger die Armut andauert, desto häufiger sind kindliche Auffälligkeiten und schulisches Versagen.

Eine (weitere) marktradikale Politik führt zu einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Folgen sind eine Privatisierung von Lebensrisiken, der Abbau von Sozialleistungen, der Verlust an sozialen Bindungen und Wertorientierungen, sowie zunehmende soziale Ungleichheit. Kinder und Jugendliche sind davon im besonderen Maße betroffen. Ihre Situation ist gekennzeichnet durch:

- Wachsende Chancengleichheit und Perspektivlosigkeit
- Zunehmende kulturelle und materielle Armut
- Gesundheitliche Defizite
- Soziale Ausgrenzung



Eine Infrastruktur und Grundsicherung für arme Kinder

...❖ Wir fordern:

›Ungleichheit muss mit Ungleichheit bekämpft werden.«

Zur Verbesserung der materiellen Lebenssituation armer Kinder sind in Deutschland **0,26% des Bruttosozialproduktes – in Zahlen 5,11 Mrd. €¹** zusätzlich einzusetzen. Diese Mittel sind in eine Infrastruktur zur Verbesserung der Lebenssituation armer Kinder einzubringen.

Zusätzlich ist eine Grundsicherung für Kinder in Höhe von **300,00 €²** für die notwendige materielle Versorgung – Wohnen, Nahrung, Kleidung und Möglichkeiten der Partizipation – bereit zu stellen, damit Familienarmut nicht als durch Kinder verursacht angesehen wird. Eine künftige Politik muss sicherstellen, dass diese Leistungen bei den armen Kindern auch ankommen.

Zukünftige Armuts- und Reichtumsberichte des Bundes, der Länder, Städte und Landkreise müssen – inhaltlich verzahnt – besonders die Lebenssituation armer Kinder ins Blickfeld rücken, wie dies im Sozialbericht 2007 des Landes NRW erfolgt ist.

...❖ Wir stellen fest:

Die Pauschalisierung des Regelsatzes führt vor allem zu einer Verschlechterung der Lebenslage der Kinder und Jugendlichen. Insbesondere was die Bedarfe von Kindern anbelangt – gerade auch für Bildung und kulturelle Teilhabe – ist die Regelsatzverordnung ein Dokument der Ausgrenzung.

Das Regelsatzniveau der Kinder zwischen 8 und 14 Jahren ist um 10,6% und bei Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr sogar um 12,5% gesenkt worden. Sie sind finanziell eindeutig die Verlierer der Verordnung (siehe Landessozialbericht 2007, Seite 424).

Kinderarmut ist kein naturwüchsiges Phänomen, sondern das Ergebnis falscher politischer Grundsatzentscheidungen. Eine Studie der Fachhochschule Düsseldorf stellt fest, dass nur 0,26% des Bruttosozialproduktes eingesetzt werden müssen, um auf armutsbedingte Defizite bei Kindern präventiv und angemessen zu reagieren. Es ist kein Zufall, dass Deutschland in der PISA-Studie verglichen mit anderen Ländern bei der Integration benachteiligter Kinder den untersten Rang einnimmt.

Kinder können weder für ihre bedrückende Lebenssituation noch für ihre Zukunftsaussichten verantwortlich gemacht werden. Sanktionen gegen die Eltern werden vor allem die Kinder als schwächstes Glied in unserem Sozialstaat treffen.

¹ ermittelt von der Fachhochschule Düsseldorf

² so beschlossen bei der AWO Bundeskonferenz 2000

Eine veränderte Politik für Kinder und Jugendliche

...❖ Wir fordern:

›Prävention und Partizipation statt Krisenintervention.«

Die Ausrichtung der bisherigen Kinder-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik muss grundlegend verändert werden.

Der Schwerpunkt der Ressourcen einer Politik für Kinder und Jugendliche muss verlagert werden von der Krisenintervention, die in der Regel bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren ansetzt, hin zu einem prophylaktischen Ansatz, der insbesondere arme Kinder und ihre Eltern in den prägenden ersten Lebensjahren oder – noch besser – vor der Geburt des Kindes erreicht. Ziel muss der Aufbau einer Präventionskette von der Geburt bis zu Berufsausbildung sein, die dem Alltag armer Familien gerecht wird, sie über die verschiedenen institutionellen Übergänge hinweg begleitet und die Bildungs- und Entwicklungschancen vergrößert (<http://www.monheim.de/moki/index.html>). Angebote der Beratung, Förderung und Begleitung sind grundsätzlich koordiniert und vernetzt als Gestrukturen anzubieten. Ziel muss es sein, die Selbsthilfe zu stärken, um Eltern und Kinder langfristig aus sozialen Abhängigkeiten zu lösen. Es gilt, für diesen Ansatz eine tragfähige Struktur der Bildungs-, Kinder-, Jugend- Familien- und Gesund-



heitspolitik zu entwickeln. Durch diese veränderten Strukturen sind vor allem Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu verwirklichen.

Eine präventiv ausgerichtete Kinder- und Jugendpolitik muss die Möglichkeiten zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken. Dabei muss der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit – sowohl im Rahmen einer geforderten Ganztagesbetreuung als auch im Freizeitbereich – ein zentraler Stellenwert zukommen.

...❖ Wir stellen fest:

Während die Ausgaben für Prävention, z. B. in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, ständig reduziert werden, haben sich in den letzten zehn Jahren die Kosten für die Fremdunterbringung in NRW mehr als verdoppelt auf heute 1,5 Mrd. €. Eine Reduzierung des Etatvolumens für die Kinder- und Jugendförderung schwächt den Ansatz der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Die eingesparten Mittel kehren – mit zeitlicher Verzögerung – als Mehrkosten an anderer Stelle, etwa im Bereich der Erziehungshilfe oder gar der Straffälligenhilfe, wieder zurück.

Ausbau und Aufbau der Angebote zur Förderung von Kindern in Tagesstätten und in der Kindertagespflege

...❖ Wir fordern:

›Im Rahmen eines Rechtsanspruchs auf Förderung in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege sind besondere Konditionen für arme Kinder zu schaffen.«

Erforderlich sind der Ausbau und Aufbau der Förderkapazitäten für alle Kinder, flexiblere Öffnungszeiten und ein höherer Personalschlüssel für Einrichtungen mit einem hohen Anteil armer Kinder. Damit einhergehend sind Strukturen zu entwickeln, die unterschiedliche Förderangebote in den Tagesstätten garantieren. Insbesondere bei der Frühförderung von Kindern ist zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung der quantitative sowie qualitative Ausbau voranzutreiben. Der geplante Ausbau der Betreuungskapazität für 0-3-Jährige muss vor allem in diese Richtung führen. Die Angebote für 6-14-jährige Kinder sind solange vorzuhalten, bis der Anspruch einer neunjährigen Gemeinschaftsschule als Ganztageschule umgesetzt ist. Wie heute die Primar- und Sekundarbereiche des Bildungswesens muss auch der Elementarbereich beitragsfrei sein.

...❖ Wir stellen fest:

Armutfolgen könnten zum Beispiel – wie das ISS feststellt – wesentlich reduziert werden, wenn Kinder aus dem Armutsmilieu bereits als Kleinkinder bis zum Schulalter qualifizierte Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebote erhalten. Die noch weit verbreitete Vorstellung, dass Kinder arbeitsloser Eltern keine außerfamiliäre Förderung benötigen, da die Eltern sich ja selbst um die Kinder kümmern können, ist den vielfältigen Problemen und Konflikten in solchen Familien nicht angemessen.



Eine Reformierung der schulischen Bildung

...❖ Wir fordern:

›Das Schulsystem ist grundlegend zu reformieren.«

Die vorherrschende selektive Ausrichtung der Schule ist durch eine Neugestaltung der schulischen Bildung zu überwinden. Die individuelle Förderung, die Entwicklung von Lernfähigkeit und das soziale Lernen müssen zukünftig zentrale Inhalte von Schule sein. Jugendhilfe und Schule müssen unter Einbeziehung weiterer außerschulischer Anbieter einen kooperativen Ansatz zur ganzheitlichen Förderung der Kinder und Jugendlichen entwickeln. Als neues Fundament einer an den oben genannten Zielen orientierten schulischen Bildung ist eine neunjährige Elementarstufe als Ganztageschule für alle Schüler einzurichten.

...❖ Wir stellen fest:

120.000 Kinder und Jugendliche verlassen jährlich unser Bildungssystem ohne Schulabschluss und ohne jede berufliche Perspektive. Kinder aus armen Familien erfahren schon im Grundschulalter die gravierendsten Benachteiligungen.

Im Verlauf der Schulzeit werden diese Benachteiligungen durch die Schule nicht mehr ausgeglichen, sondern verschärft. Arme Kinder werden eher aussortiert als adäquat integriert.



Die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund

...❖ Wir fordern:

›Der Teufelskreis von Migration und Armut muss durchbrochen werden.«

Förderangebote der Jugendhilfe, z. B. Familienbildung, müssen Kinder mit Migrationshintergrund und ihre Eltern bereits in der frühen Kindheitsphase erreichen und ihren Integrationsprozess konsequent begleiten.

Alle Kinder und ihre Eltern mit Sprachdefiziten haben das Recht und die Pflicht auf eine nachhaltige Sprachförderung spätestens ab dem Kindergartenalter.

...❖ Wir stellen fest:

Für die Mehrzahl der Migrantenkinder gehört, wie die ISS-Studie feststellt, der Umgang mit den einschränkenden Lebensbedingungen von Armut zu ihrer Kindheit. Während 80 % der deutschen Kinder seit 1999 keine Armutserfahrungen gemacht haben, sind es bei den Migrantenkidern nur rund 44 %²



Ausbau und Umbau der Gesundheitshilfe

...❖ Wir fordern:

›Für alle Kinder ist eine verlässliche ganzheitliche gesundheitliche Versorgung sicherzustellen.«

Für die gesundheitliche Versorgung aller Kinder muss wieder eine Struktur aufgebaut werden, die auch unabhängig vom Mitwirken der Eltern sicherstellt, dass gesundheitliche Probleme von Kindern frühzeitig erkannt und behandelt werden. Es ist vor allem zu erreichen, dass

- ▶ eine aufsuchende Gesundheitsberatung auch für schwangere Frauen, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem finden, durch Hebammen, Kinderkrankenschwestern und Ärzte mit dem Ziel vorgehalten wird, diese schwangeren Frauen an das Gesundheitssystem heranzuführen;
- ▶ auch Kinder, deren Eltern die Vorsorgeuntersuchungen versäumen, müssen regelmäßig ärztlich betreut werden;
- ▶ Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schule, vor allem in benachteiligten Stadtteilen, durchgeführt werden;
- ▶ eine flächendeckende zahnärztliche Prophylaxe in den Kindertagesstätten und Schulen stattfindet;
- ▶ eine sachgerechte medizinische Versorgung für ausländische Kinder insbesondere durch den Einsatz von Ärzten und Pflegekräften mit Migrationshintergrund angeboten wird.

...❖ Wir stellen fest:

Die freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen werden bei weitem nicht von allen Familien wahrgenommen.

Für viele Kinder – insbesondere aus dem Armutsmilieu – ist die Schuleintrittsuntersuchung der erste Kontakt mit einer öffentlichen Stelle.

Besonders verschärft ist die Situation für 4 % aller Kinder, die vor der Schule keinen Kindergarten besuchen.

Die Stärkung und Unterstützung der Erziehungsfähigkeit von Eltern

Wir fordern:

›Eltern dürfen bei der Erziehung ihrer Kinder nicht alleine gelassen werden.«

Bereits in der Schule soll jungen Menschen insbesondere durch die Lehrer erzieherisches Verhalten vorgelebt werden.

Vor allem für junge Eltern ist eine aufsuchende Elternberatung der Familien- und Gesundheitshilfe (wieder) einzurichten.

Erziehungsberatung muss bedarfsgerecht und niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden.

Angebote der Familienbildung sind neu zu konzipieren. Durch die Zusammenarbeit mit Gynäkologen/Hebammen müssen auch Eltern aus dem Armutsmilieu bereits vor der Geburt ihrer Kinder erreicht und anschließend in Geburtsvorbereitungskursen und bei Still-, Krabbel- und Kleinkindergruppen einbezogen werden.

Die Ausrichtung von zukünftigen Angeboten der Familienbildung hat in enger Kooperation mit der Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen und der Schule zu erfolgen.

Für arme Familien müssen die Angebote kostenfrei sein.



Wir stellen fest:

Familie zu leben ist in unserer Gesellschaft zunehmend schwieriger geworden. Immer mehr Familien in Deutschland gelten auch durch strukturelle Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft als überfordert. Diese Versäumnisse werden vor allem durch eine mangelhafte materielle Unterstützung und fehlende Beratungs- und Betreuungsangebote deutlich. Besonders prekär ist die Situation für viele junge Eltern, insbesondere für die Mütter, nach der Geburt des Kindes. Häufig sind sie isoliert und überfordert. Die damit verbundenen frühen Versäumnisse haben langfristige und zumeist schwerwiegende Konsequenzen. Für die von Armut betroffenen Familien stellen sich diese Probleme verschärft, da sie in von den vorhandenen Angeboten der Familienberatung und -bildung nicht ausreichend erreicht werden.



